

# Deutsche Zeitung

Organ für die deutsche Minderheit im Dravabänat

Schriftleitung und Verwaltung: Prešernova ulica 5, Telephon Nr. 21 (interurban)  
 Anfordigungen werden in der Verwaltung zu billigsten Gebühren entgegengenommen

Bezugspreise für das Inland: Vierteljährig 40 Din, halbjährig 80 Din, ganzjährig 160 Din. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. Einzelnummer Din 1-50  
 Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag früh und Samstag früh mit dem Datum vom Sonntag

Nummer 83

Celje, Donnerstag, den 15. Oktober 1936

61. Jahrgang

## Finanzminister Leticia über die Festigkeit des Dinarkurses

Ueber die aktuelle Geldabwertung in verschiedenen europäischen Staaten und deren Folgen auf die Kaufkraft des Dinars äußerte sich Finanzminister Leticia und sagte:

Weder bestehen gerechtfertigte Gründe, die eine mittelbare Gefahr für den Dinar von den Veränderungen des Goldwertes irgendeiner dieser anderen fremden Valuten erklären würden, noch wäre die Kgl. Regierung geneigt, sich in Ausführung ihres Planes der wirtschaftlichen und finanziellen Hebung des Landes einer der kostbarsten Waffen zu diesem Zweck, der Beständigkeit unserer nationalen Währung zu berauben. Der Dinar soll auch in Zukunft seinen vollen und ungeschmälerten bisherigen Wert bewahren und als solcher auch weiterhin Gegenstand aufmerksamster Sorge und jeglicher Achtamkeit der Kgl. Regierung bleiben.

Tatsache ist jedoch, und das muß man offen hervorheben, daß die durchgeführte Geldabwertung in Frankreich und den anderen europäischen Ländern zu einigen Erscheinungen führen kann, die, wenn gleich vielleicht in mildem Maße, gewisse augenblickliche Rückwirkungen auf die Höhe unserer Ausfuhr und den Zustrom freier Devisen haben können, die zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen finanziellen Charakters notwendig sind.

Die technische Lage des Dinars ist sehr solid, dank der Goldreserve in freien Devisen, die bei der Nationalbank bereits am Beginn der diesjährigen Ausfuhrkampagne angeammelt wurden. Diese Reserve bietet die volle Möglichkeit, die Politik der Erhaltung der Beständigkeit des Dinars bei seinem bisherigen Werte durchzuführen. Diese Sachlage verstärkt sich zugunsten des Dinars auch deswegen, weil ein Teil unserer Verpflichtungen und Schulden von nun an in abgewerteter fremder Valuta bezahlt werden wird. So wird auch die Ausfuhr fremder Devisen aus unserem Lande verringert werden.

Es ist die Pflicht der Kgl. Regierung, im Rahmen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Schwierigkeiten auf einen möglichst geringen Umfang zu beschränken, die allenfalls aus Veränderungen der früheren internationalen Währungslage entstehen könnten, sowie alle Versuche zu verhindern, diese Veränderungen unbegründeterweise zum Schaden der breiten Volksschichten auszuwerten.

## Königdenkmalenthüllung in Paris

In feierlichster Weise wurde am 9. d. M. auf dem König Alexanderplatz in Paris das Denkmal für weil. König Peter und weil. König Alexander I. enthüllt.

Das Denkmal ist ein Werk des französischen Bildhauers Maxim Real del Sarte, eines Kriegsinvaliden.

Auf hohem Sockel von rotem Granit steht die aus Bronze gegossene Gruppe, die von zwei Fahnen, der jugoslawischen und der französischen, überragt wird. König Alexander ist zu Pferde dargestellt. Das Pferd schreitet durch Lorbeergebüsch. Zur rechten Seite des Reiters (vom Beschauer links) steht König Peter I., der seinem Sohne das Schwert überreicht. Zur Linken des königlichen Reiters steht Marschall Franquet d'Esperey. Hinter König Peter und dem französischen Marschall befindet sich eine Gruppe serbischer Soldaten und Bauern. Eine Bäuerin hebt ihr Kind zu König Alexander empor.

In den Gemeinden Rog. Slatina und Laški potok fanden am vergangenen Sonntag Gemeindevahlen statt. In beiden Gemeinden siegte die Vereinigte Regierungspartei.

## Kämpfe in Spanien

An allen Fronten machen nach kurzen Ruhepausen beide Gruppen neue angestrebte Versuche, den Feind zu vernichten. So berichten auch beide Parteien von erzielten Erfolgen. Tatsächlich können die Roten auch Erfolge an der Nordwestfront verzeichnen, denn die Nationalen haben alle verfügbaren Kräfte zusammengezogen um Madrid zu erobern; was sie in einer Woche auch zu erreichen hoffen. Die Hauptstadt wird täglich von nationalistischen Fliegern mit Bomben belegt aber auch täglich mit Flugzetteln überfät, worin die Bevölkerung aufgefordert wird, sich zu ergeben.

## Große rasche Aufrüstung Italiens

Rom, 10. Oktober. Der heutige italienische Ministerrat, der von 10 Uhr im Palazzo Viminale unter Mussolinis Vorsitz tagte, hat eine Reihe von Maßnahmen zur militärischen Reorganisation Italiens angenommen.

Mussolini teilte mit, daß das Generalkommissariat für die Fabriken unter der Leitung des Senators Dallolio insgesamt 1200 Fabriken kontrolliert. Die italienische Kriegsindustrie hat die Ermächtigung erhalten, die Arbeitszeit in den Fabriken auf 60 Wochenstunden heraufzusetzen.

Die Arbeiten für die Aufrüstung schreiten planmäßig fort. Aufträge im Gesamtwert von 140 Millionen Lire sind soeben in Auftrag gegeben worden. Neue Flughäfen in der Po-Ebene, an der Adria und am Tyrchenischen Meer, in Sardinien und Sizilien sind im Bau.

Der Flugzeugbau sei augenblicklich noch nicht recht befriedigend, wird aber mit großer Energie weiter betrieben. Neue Fabriken zur ausschließlichen Fabrikation von Flugzeugmotoren werden errichtet. In diesem Jahr hat sich die Zahl der Schüler an der Luftfahrtakademie Caserta verdoppelt.

Was die Marine betrifft, so werden einige Duzend Kriegsschiffe auf Kiel gelegt. Der Mannschaftsbestand der Kriegsmarine ist auf 60.000 Mann vermehrt worden. Was die italienische Kolonialarmee angeht, so haben sich für die Kerntruppe des Ostafrikaheeres, die Sardinien-Grenadiere, 26.000 Freiwillige gemeldet. Dreißig Bataillone Schwarzhemden leisten in Abessinien Dienst.

## Deutscher Protest in London

Deutschlands Presse übt die schärfste Kritik am englisch-sowjetrusischen Flottenvertrag und wünscht auf Grund dessen eine Aenderung des deutsch-englischen Flottenvertrages.

## Der Ljubljanaer „Slovenec“ über Anleiheverhandlungen

Der Ljubljanaer „Slovenec“ berichtet, aus Paris lägen Nachrichten vor, daß Jugoslawien über eine Anleihe von 500 Millionen Francs verhandle. Die Anleihe würde zur Bezahlung von Bestellungen bei der französischen Industrie verwendet werden.

## Die Wahlen im Brabant

Amtliche Mitteilung über das Ergebnis

Brograd, 13. Oktober. Laut den amtlichen Berichten über die endgültigen Wahlergebnisse im Brabant erhielten: FRZ 102 Gemeinden (64.6 Prozent), JNS 2 Gemeinden (1.3 Prozent), Jugoslawische Nationalpartei (Hodjera) 6 Gemeinden (3.8 Prozent), UD 28 Gemeinden (17.7 Prozent), Bauernbund 4 Gemeinden (2.5 Prozent), SDR 1 Gemeinde (0.6 Prozent), Parteilose 5 Gemeinden (3.2 Prozent), frühere HSS 10 Gemeinden (6.3 Prozent). In einer Gemeinde werden die Wahlen am nächsten Sonntag durchgeführt.

## Abwertung und Außenhandel

Seit die französische Regierung ihren Franken abgewertet hat, jagt eine Sensationsnachricht die andere. Die Schweiz, Holland, Italien, die Tschechoslowakei, Lettland und die Türkei haben sich in den wenigen Tagen, die seit der französischen Devaluation vergangen sind, zu einer grundsätzlichen Umgestaltung ihrer Währungspolitik entschlossen. Wie bekannt ist, hat Dr. Schacht die deutsche Stellungnahme dahin umrissen, daß nicht die Abwertung an sich als ein Beitrag zu dem Frieden der Völker betrachtet wird. Deutschland erwartet vielmehr eine Festsetzung der Paritäten in einer so klar verbindlichen Form, daß nicht eine Regierung, wenn sie gerade in Augenblicksverlegenheiten gekommen ist, Währungsexperimente machen kann.

Es ist nur natürlich, daß die Entwicklung in den Ländern, die vom Goldstandard abgegangen sind, in Deutschland aufmerksam verfolgt wird. Dr. Schacht hat erklärt, daß Deutschland den Ländern wirklich vollen Erfolg bei ihren Maßnahmen wünscht, weil er der Ansicht ist, daß eine Einigung unter Völkern, denen es gut geht, viel leichter zu erzielen ist, als wenn ein Verhandlungspartner wirtschaftlich auf das Schwerste zu kämpfen hat. Borerst allerdings muß registriert werden, daß in Paris die meisten Lebensmittel beachtlich im Preise gestiegen sind. Die Preissteigerungen sollen bei zahlreichen Waren bereits über 10% betragen. Innerhalb weniger Tage ist Butter von 7.30 auf 8.40 Franken verteuert worden und ein Ei wird nicht mehr 70, sondern bereits mit 85 Centimes bezahlt. Es war sicherlich auch eine peinliche Ueberzahlung für die Besucher des Pariser Autosalons, als sie feststellten, daß die Firma Michelin ihre Autoreifen um fast den gleichen Prozentsatz teurer verkaufte, da der Kautschuk durch die Abwertung im Preise gestiegen war. Aber darüber hinaus wird den Kunden von den Automobilfabriken erklärt, daß die Verkaufspreise nicht bindend seien. Gegen Preiserhöhung bis zu 15% könne nichts eingewandt werden. Die Verkaufspreise verstanden sich nur für den Tag der Lieferung. Wirtschaftsminister Spinasse hat gegen diese Preissteigerungen in aller Schärfe Stellung genommen und der Innenminister hat die Präferenzen angewiesen, einzuschreiten, wenn Preise ungerechtfertigt erhöht würden. Aber was heißt „ungerechtfertigte Preissteigerung“, wo niemand in der Lage ist zu übersehen, wie sich zwangsweise die Produktion durch die erhöhten Preise für die ausländische Rohstoffbezüge verteuern muß. Dazu kommt noch, daß die Abwertung die französische Wirtschaft nicht in einem Augenblick der Ruhe traf; vielmehr war durch die erheblichen Lohnerhöhungen der letzten Monate bereits das ganze Preisgefüge ins Wanken geraten. Die Stimmung in den französischen Spartenkreisen kommt nicht nur in der Haussa, in der Flucht in die Sachwerte, an der Pariser Börse zum Ausdruck, sie äußert sich auch in einem Antrag des Verbandes der französischen Steuerzahler an den Justizminister, in dem eine gerichtliche Untersuchung gegen den Finanzminister Vincent-Auriol und den Ministerpräsidenten Blum verlangt wird, die den Steuerzahlern eine Anleihe abgeleckt hätten unter der Versicherung, daß der Franc nicht vom Golde gelöst werde.

Nicht minder interessant ist das italienische Experiment, in dem versucht wird, trotz eines sehr hohen Abwertungssatzes von 40.93% das Preisniveau im Lande auf alle Fälle diktatorisch stabil zu halten. Zwar sind eine Reihe von Zollentungen vorgenommen worden, die aber das Ausmaß der Verteuerung der ausländischen Rohstoffe in vielen



**Das kommt davon!**

Wir haben auch billigere Seifen - hier bitte!

Ja - ich muß sparen!

Die Seife hat gar keine Waschkraft - da muß man tüchtig reiben!

Das kann meiner Wäsche nicht passieren

Und womit wäschst Du Deine Wäsche?

Es ist falsch, bei der Seife zu sparen - auf Kosten der Wäsche. Minderwertige Seifen schaden dem Gewebe. Nur eine wirklich gute Kernseife wäscht die Wäsche gründlich und dabei schonend blütenweiß:

**SCHICHT HIRSCH SEIFE**  
schont die Wäsche

ZUM EINWEICHEN FRAUENLOB

**Kreuzzugs - Krieg . . .**

Vier Ereignisse trafen in den letzten Wochen auf dem Schauplatz der europäischen Verschiebungen zusammen, die einen schlaglichtartigen Einblick in die Kulissenwelt der politischen Triebkräfte sowohl wie in die zwingende, tragische Logik der Entwicklung der Verhältnisse gewähren: Der spanische Bürgerkrieg als Erscheinung und Symptom, das höchst zwiespältige Gesicht der französischen „Neutralitätspolitik“ gegenüber den Ereignissen in Spanien, die Herabsetzung des sowjetrussischen Militärdienstalters und die Erhöhung der Dienstpflicht in Deutschland auf zwei Jahre.

Niemals zuvor wurden die verborgenen und unverborgenen Triebkräfte der zwischenstaatlichen Politik so klar wie in diesem spanischen Bürgerkrieg und seinen Folgeerscheinungen in den übrigen europäischen Ländern. Regierungen, Staatsmänner wurden zu Objekten der wechselnden, zum Radikalismus geschürten Meinung, Stimmung und Haltung der Elemente, auf die sie sich stützen mußten; Kräfte begannen hier und dort das Feld zu beherrschen, die einer staatsmännischen Lenkung und Kontrolle nicht mehr zugänglich waren.

Ein vollendetes System lag in dieser Aufpeitschung der Massen. Es gelang einer zentral geleiteten kommunistischen Propaganda, nicht nur für sich und die eigene Weltrevolution offene Reklame zu machen, sondern es gelang dieser gleichen Propaganda darüber hinaus, in nicht unerheblichem Umfange Gebrauch von bestehenden politischen Spannungen zur indirekten Annäherung an ihre Ziele zu machen.

Das höchst gefährliche, mit einer Zündschnur versehene Wort vom „Kreuzzugskrieg“, von der „weltanschaulichen, definitiven Blockbildung“ wurde in Umlauf gesetzt. Eine neue große Attacke gegen die „faschistischen“ Länder wurde geritten; im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“, der „Demokratie“ und des „bedrohten Friedens“ wurde die Stimmung unter Ausnutzung der spanischen Ereignisse gegen Deutschland und Italien weiter aufgeheizt. Wozu das - so fragen wir - wenn es den Verfechtern des Friedens und der Demokratie wirklich so ernst mit der Bewahrung des Friedens und der Vermeidung des „Kreuzzuges“ ist? Die wichtigste Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens ist die Aufrechterhaltung des guten Willens und der ritterlichen Gesinnung zwischen den Völkern.

standen, abgelöst. Die Namen der Direktoren Zanetti, Siege, Anisch, Wolf usw. hatten in der Provinz keinen schlechten Klang. Wir haben sie nach und nach alle kennengelernt. Nur selten noch gab es im Theater Liebhabervorstellungen wie z. B. die ausgezeichneten Aufführungen der Oper „Das Nachtlager von Granada“ von Konradin Kreuzer (1886) und des Singspiels „Der Schauspielregisseur“ von W. A. Mozart. Dem herrlich geglückten „Nachtlager“ habe ich ein Erinnerungsblatt in meinem Buche „Künstlergäste“ geweiht. Durch den Umbau des Theaters Mitte der achtziger Jahre wurde die alte Theaterfreudigkeit der Civier noch größer. Die Fahne der Theaterenthusiasten trug Josef Kutsch, der nicht nur durch Jahre Intendant des Theaters, sondern auch sein nobelster Mäcen war. Seine Zuwendungen für Anschaffungen von Kulissen, Möbeln u. dgl. gingen ins Uferlose. Alljährlich im Frühherbst wurden die Logen versteigert. Da wurden Mieten bis zu 100 Gulden erzielt, also in unserem heutigen Geld ungefähr 3000 Dinar. Außer dieser einmaligen Miete mußten die Logenmieter noch den Eintrittspreis für jede Vorstellung bezahlen. Auch wir hatten, wie jede „bessere“ Familie, eine Loge und benützten sie eifrig. (Schluß folgt.)

**Verbreitet die „Deutsche Zeitung“!**

**Habsburg und die Juden**

Bis zum Jahre 1934 stand das österreichische Judentum in den Reihen des Marxismus. Dann wechselte es in seiner Mehrheit zum Legitimus hinüber. Nun hat sich im österreichischen Monarchistenlager eine kräftige antisemitische Gegenbewegung ausgelöst. Im Mittelpunkt dieser Bewegung steht die „Österreichische Front“, die in einer an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig lassender Aussendung jede Gemeinschaft und jede Zusammenarbeit mit dem Judentum in der Restaurationsfrage ablehnt.

Wie man in dieser „Österreichischen Front“, die sich „legitimistische Bewegung des christlich-deutschen Volkes“ nennt, über das monarchistische Bekenntnis des Judentums denkt, mag aus folgenden dieser Aussendung entnommenen Stellen hervorgehen. Es heißt da u. a.:

„Ist es nicht wie ein Hohn, wenn heute Juden in die katholische Kirche gehen und dort der heiligen Seelenmesse für weiland Kaiser Karl beizuhören? Wir haben dies alles nicht vergessen! Daher jagen wir, der Jude kann kein ehrlicher und aufrichtiger Monarchist sein, egal, ob er sich demokratisch, liberal, vaterländisch oder sonst wie nennt, da er nur dorthin strebt, wo er momentan einen Vorteil erblickt. Sein Grundgedanke ist und bleibt die kommunistische Revolution!“

Die vorstehenden Feststellungen der „Österreichischen Front“ kommen einer Spaltung im monarchistischen Lager gleich und bedeuten im besonderen eine Abjage an den Führer der legitimistischen Bewegung, den Juden Wiesner, der sich bisher nicht nur die denkbar größte Mühe gegeben hat, jede antisemitische Regung im monarchistischen Lager zu unterdrücken, sondern darüber hinaus bestrebt war, durch eine auffallend freundliche Einstellung gegenüber dem Judentum Anhänger aus diesem Bevölkerungskreis zu gewinnen.

Aus ähnlichen Gründen tobt auch in dem bekannten legitimistischen Verband „Ditonia“ seit einiger Zeit ein erbitterter Kampf, der insofern besonders interessant ist, als von der Verbandsleitung zur Schlichtung der Streitigkeiten die Hilfe der Behörden in Anspruch genommen wird.

**Politischer Freundschaftsbesuch in Berlin**

„Polen wünscht nur den Frieden, aber ein wahrhafter Frieden ist nicht möglich ohne Erhaltung guter Beziehungen zu seinen Nachbarn. Mit Deutschland haben wir uns diese guten Beziehungen immer gewünscht und am meisten wünschte sie unser unvergeßlicher Führer, Marschall Pilsudski, dessen politisches Testament immer noch die Richtlinien der polnischen Politik bildet“, diese Worte sprach im Namen einer polnischen Abordnung in Berlin der Sejm-Abgeordnete Karloszka und bezeichnete anschließend die Machtergreifung des Nationalsozialismus auch als eine geschichtliche Wandlung zum Besseren in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die deutsche Öffentlichkeit hat die Gäste aus Polen, die dieser Tage in der Reichshauptstadt empfangen wurden, herzlich begrüßt. Es waren Frontkämpfer und zugleich größtenteils Männer aus wirtschaftlichen Berufen, die das benachbarte Deutschland durch Augenschein kennen lernen wollten. In beiden Eigenschaften wurden die polnischen Herren von dem Leiter des Deutsch-Polnischen Instituts, Professor v. Arnim, Willkommen geheißt, denn soldatisches Verantwortungsbewußtsein und wirtschaftliche Erkenntnis weisen heute in die gleiche Richtung der europäischen Verständigung, in deren Rahmen die gut-nachbarlichen Beziehungen Polens und Deutschlands ein wesentliches Stück darzustellen haben.

**Das rote Ultimatum**

In Berliner politischen Kreisen verfolgt man mit ernstestem Interesse das Echo, das Sowjetrußlands Ultimatum in der spanischen Frage in den Hauptstädten Westeuropas gefunden hat. Man fühlt sich in Berlin mit den westlichen Regierungen darin einig, daß alle Anstrengungen noch wie vor gemacht werden müssen, um die durch das Moskauer Vorgehen heraufbeschworenen Gefahren eines möglichen Uebergreifens des spanischen Bürgerkrieges auf die übrige europäische Welt zu verhindern. Aus dem Umstand, daß man in Pariser und Londoner Regierungskreisen in dem Schritt der Sowjetregierung eine peinliche Erschwerung der internationalen Lage sieht, schöpft Deutschland die im Erwartung, daß die Nichteinmischungs-komitee vertretenen Staaten alle Anstrengungen machen werden, sich nicht von Moskau das Geßel des Handels vorschreiben zu lassen.

Man ist in Berlin allerdings der Meinung, daß die Linie eines erfolgreichen Widerstandes gegen solche massiven Störungsversuche, durch die die Friedensinteressen aller europäischen Staaten aufs empfindlichste gefährdet werden können, nur dann zu finden ist, wenn man sich endlich zu einer eindeutigen Beurteilung der sowjetrussischen Absichten entschließt. In Deutschland hat an sich, im Gegensatz zu den politischen Kreisen in London und Paris, der sowjetrussische Schritt keine Ueberraschung hervorgerufen. Nicht erst auf dem letzten Parteitag in Nürnberg hat der deutsche Reichszankler von der greifbaren Möglichkeit gesprochen, daß Rußland versuchen könnte, sich die Möglichkeit zu einem eindeutig aktiven, gegebenenfalls militärischen Eingreifen in den spanischen Bürgerkrieg zu schaffen, um die europäische Verwirrung im Interesse der Weltrevolution zu fördern. Der ultimative Schritt Sowjetrußlands in London wird um so mehr als Beweis für die Richtigkeit dieser These aufgefaßt, als schon in Genf solche Absichten deutlich zu erkennen waren. Von dem Versuch Litwinows in Genf, den Völkerbund anhand der spanischen Vorgänge auf die Feststellung europäischer Kriegsgefahr seltzulegen und die Nationen zu einer gemeinsamen Aktion gegen die spanische Militärbewegung und die faschistischen Staaten Europas zu mobilisieren, führe die propagandistische Anlagereben und Denkschriften des Madrider Außenministers del Bazo wegen angeblicher Verstöße Deutschlands, Italiens und Portugals gegen die Neutralitätspflichten eine gerade Linie zu dem jetzigen Ultimatum in London. Die Entwicklung hat nach deutscher Ansicht nur insofern eine klärende Veränderung der Lage gebracht, als die sowjetrussische Regierung sich nicht mehr der Madrider Regierung oder der dritten Internationale als Vorspann bedient, sondern selber auf dem Plan erscheint, um den Dingen in Spanien nach Möglichkeit eine Wendung zu geben, die den europäischen Frieden aufs empfindlichste stören könnte.

Nach deutscher Ansicht ist durch dieses Ultimatum die friedensstörende Dynamik der sowjetrussischen Außenpolitik eindeutig bewiesen. Sie wiederlegt endgültig die Möglichkeit, zwischen Komintern und Sowjetdiplomatie zu unterscheiden. Sie nimmt auch die Möglichkeit, den einzelnen russischen Vorstößen mit unzulänglichen Mitteln entgegenzutreten, d. h. lediglich platonische Entschließungen und Kompromisse in einem Ausschuß zu fassen. Nach der nunmehr erfolgten Klarstellung erscheint die Aufrechterhaltung einer aktiver Abwehrfront dringender denn je erforderlich, die sich auf die möglichen Auswirkungen der russischen Dynamik einstellt, ehe der Bolschewismus Zeit und Gelegenheit zum Beginn der direkten Aktion gefunden hat.

Im übrigen glauben wir zu wissen, daß unbeschadet dieser grundsätzlichen Einstellung Deutschlands

